

„DIE MIGRATION EINT DIE RECHTSPOPULISTEN“

WELTENBÜRGER sprach mit dem Mainzer Politikwissenschaftler Professor Dr. Kai Arzheimer über den Rechtspopulismus in Europa.

Frage: In den meisten europäischen Ländern sind inzwischen rechte Parteien in die Parlamente eingezogen. Was sind die Gründe für diesen Trend nach rechts in Europa?

Arzheimer: Im Prinzip haben wir in vielen westeuropäischen Ländern parallele Entwicklungen, die das erklären. Eine ganz wichtige Entwicklung, die oft übersehen wird, ist die Auflösung traditioneller Parteibindung. Vereinfacht dargestellt gibt es in fast allen Ländern in Europa eine Reihe von Konflikten – den Arbeit-Kapital-Konflikt, den Staat-Kirche-Konflikt, teilweise auch Stadt-Land-Konflikte – die seit langem bestehen und die gewissermaßen befriedet waren, weil es Parteien gab, die diese Konflikte repräsentiert haben. Das Problem aus Sicht der bestehenden Parteien ist, dass die an diesen Konflikten beteiligten Gruppen kleiner werden und dass sich die Parteibindungen, die über Jahrzehnte, teilweise über ein Jahrhundert bestanden haben, abbauen. Dadurch werden Wähler verfügbar für neue Parteien, für neue linke Parteien auf der einen Seite und für einen neuen Typ rechter Parteien, eben rechtspopulistischer Parteien, auf der anderen Seite des Spektrums.

Frage: Was eint Rechtspopulisten und zum Teil auch Rechtsextremisten?

Arzheimer: Inhaltlich eint sie die sehr starke Konzentration auf das Migrationsthema, bei dem es vor allem um die Migration von Nicht-Westeuropäern geht. Bei früheren Parteien am rechten Rand ging es in Deutschland stärker um die Konkurrenz mit Frankreich und um die Ablehnung von Italienern, die in den Fünfziger- und Sechzigerjahren nach Deutschland kamen. Stichwort: Gastarbeiter. Das fokussiert sich heute auf Türkischstämmige und generell auf Muslime. Das war am Anfang noch nicht so, da hat



Foto: dpa

sich ein Lernprozess abgespielt. Die Niederlande war ein Spätzügler in dieser Hinsicht, dort ist die Konzentration auf das Migrationsthema erst nach der Jahrtausendwende zu beobachten. In Norwegen geht die Fortschrittspartei zurück bis in die Siebzigerjahre. Am Anfang ging es ihnen um Steuersenkung, um die Regulierung in der Wirtschaft. In den Achtzigerjahren haben auch sie die Migration als Thema für sich entdeckt. In Italien ging es der Lega ursprünglich erst um Sezession und dann um mehr Rechte für den Norden Italiens und um die Steuerverteilung innerhalb Italiens. Das trat schließlich in den Hintergrund zugunsten des Migrationsthemas.

Seit den Achtzigerjahren sehen wir zudem immer wieder Versuche der rechten Parteien miteinander zu kooperieren, die in der Vergangenheit häufig gescheitert sind, weil alle diese Parteien natürlich ausgesprochen nationalistisch sind. Da ist der Versuch, eine Koalition oder eine Form von Allianz zwischen nationalistischen Parteien auf europäischer Ebene aufzubauen, natürlich schwierig, weil es zu Verteilungskonflikten kommt.

Frage: Im Europäischen Parlament haben sich die rechtspopulistischen Parteien und Gruppierungen unter der ENF-Fraktion zusammengeschlossen. Kann man von einer „Rechten Internationalen“ sprechen?

Arzheimer: Was wir definitiv nicht haben, ist eine internationale oder transnationale Organisation, die diese Parteien tatsächlich repräsentieren würde. Die Bildung einer gemeinsamen Fraktion im Europäischen Parlament hat ganz praktische Gründe, da man auf diese Weise an Gelder, Ressourcen, Stimmrechte und – ganz wichtig – Rederechte kommt.

Eine Organisation, die mit der Sozialistischen Internationalen oder der Europäischen Volkspartei vergleichbar wäre, gibt es noch nicht. Das scheitert schon auf ganz banaler Ebene daran, dass man nicht weiß, wie man das nennen sollte. Nationalistische Internationale klingt ziemlich paradox.

Frage: Gibt es Gegenstrategien gegen den Zulauf der Rechtspopulisten?

Arzheimer: Das ist schwierig. Man kann versuchen, diese Parteien zu isolieren und zu ignorieren, wie das etwa mit dem Vlaams Blok in Belgien versucht wurde. Der Vlaams Blok ist inzwischen wieder relativ schwach, aber das hängt vermutlich eher damit zusammen, dass es mit der NVA inzwischen eine andere Partei gibt, die auch für die Unabhängigkeit Flanderns eintritt, aber keinen rechtsradikalen Anstrich hat. Das dürfte sehr viele Wähler vom Vlaams Blok abgezogen haben. Wir wissen also nicht genau, ob diese Strategie funktioniert.

Die zweite Strategie ist, diese Parteien zu entzaubern, indem sie in die Regierung geholt werden. Das hat ganz klar nicht funktioniert. Das gab es in Österreich, wo die FPÖ jetzt zum zweiten Mal in der Regierung ist und es überhaupt nicht so aussieht,

... weiter von Seite 1

als hätte das zur Entzauberung geführt. Das gab es auch in den Niederlanden, zuerst mit der Lijst Pim Fortuyn und dann in einer Variante, in der die PVV die Regierung toleriert hat. Das hat die PVV nicht nachhaltig geschwächt. In Norwegen ist die Fortschrittspartei zum zweiten Mal hintereinander in einer Regierungskoalition eingetreten, bleibt aber drittstärkste Partei im Land.

Die dritte Möglichkeit ist, dass sich etablierte Parteien nach rechts bewegen – einen Trend, den wir in vielen europäischen Ländern beobachten können. Dazu sagte Jean-Marie Le Pen bereits vor vielen Jahren: Die Wähler sind nicht doof. Wenn sie die Wahl haben, dann wollen sie das Original und nicht die bürgerliche oder am Ende sogar noch sozialdemokratische Kopie.

All diese Varianten haben nicht dazu geführt, dass die rechtspopulistischen Parteien verschwunden sind. Was wir jedoch in der Forschung sehen ist, dass diese Parteien davon profitieren, wenn ihre Themen und vor allem das Migrationsthema in öffentlichen Diskussionen eine große Rolle spielen. Es wird viel über Migration gesprochen, weil diese Parteien so stark sind. Aber es gibt auch den umgekehrten Effekt, dass wir diese Parteien wichtiger machen, wenn alles nur noch durch die „Migrationslinse“ betrachtet wird. Wir sollten uns daran erinnern, dass diese Parteien vielleicht 15, 20, manchmal auch 25 Prozent der Wähler ansprechen. Dass es aber auch noch mindestens 75 Prozent andere Wähler gibt. Migration ist natürlich ein wichtiges Thema, das auch lange vernachlässigt worden ist, aber

es gibt daneben auch viele andere entscheidende Themen.

Frage: Tendieren die europäischen Populisten politisch überwiegend nach rechts oder gibt es auch einen erwähnenswerten linken Populismus?

Arzheimer: Es gibt auch einen linken Populismus, aber rein quantitativ ist dieser weniger wichtig. Da wären natürlich Syriza in Griechenland und Podemos in Spanien. Man kann darüber diskutieren, ob die Linkspartei in Deutschland oder zumindest Teile linkspopulistisch sind. In Frankreich gibt es ebenfalls linkspopulistische Tendenzen und in den Niederlanden fallen einem vielleicht noch die Sozialisten ein. Quantitativ wichtiger ist aber der Rechtspopulismus.

JÜRGEN HABERMAS, DER GESELLSCHAFTSKRITISCHE PHILOSOPH UND WACHSAME EUROPÄER

Der Philosoph und Soziologe Prof. Jürgen Habermas hat in diesem Jahr den Großen Deutsch-Französischen Medienpreis des Deutsch-Französischen Journalistenpreises (DFJP) erhalten. Laut der Jury soll er damit für seine Verdienste um ein „demokratisch verfasstes Europa“ geehrt werden. In seiner Laudatio anlässlich der Verleihung nannte Bundesaußenminister Heiko Maas den Preisträger einen „der größten Intellektuellen unserer Zeit, der den Weg der Bundesrepublik Deutschland von Anfang an als ‚spiritus rector‘ begleitet und an allen entscheidenden Weggabelungen durch sein Wort und sein Argument geleitet“ habe. Mit dem Großen Deutsch-Französischen Medienpreis, der jährlich im Rahmen des DFJP vergeben wird, soll das Engagement für grenzüberschreitende Verständigung gewürdigt werden. Zu früheren Preisträgern zählt unter anderen auch Helmut Schmidt. Der Deutsch-Französische Journalistenpreis gilt als einer der wichtigsten Medienpreise in Europa.

Der Intendant des Saarländischen Rundfunks und Vorsitzende des DFJP, Prof. Thomas Kleist, würdigte Habermas bei der Verleihung in Berlin als Repräsentanten eines „Europa der Bürger“. Er habe durch seine regelmäßigen Einwürfe und Zwischenrufe die Debatte über die Zukunft Europas maßgeblich mitbestimmt, meinte Kleist.

Der 1929 in Düsseldorf geborene Habermas wurde Ende der 1960er/Anfang der 1970er Jahre insbesondere als Vertreter der „Frankfurter Schule“ bekannt, die von dem deutschen Philosophen und Soziologen Theodor W. Adorno sowie dem

deutschen Philosophen und Gesellschaftstheoretiker Max Horkheimer gegründet worden war. Die in der Frankfurter Schule vereinten Philosophen und Wissenschaftler anderer Disziplinen unternahmen mit der sogenannten „Kritischen Theorie“ eine an Hegel, Freud und Marx angelehnte Gesellschaftskritik, die in der Studenten-Protestbewegung ausgangs der 1960er Jahre großen Widerhall fand. Habermas galt als Vertreter einer „jüngeren Kritischen Theorie“.

Habermas studierte von 1949 bis 1954 Psychologie, Philosophie, Ökonomie und Deutsche Literatur in Göttingen, Zürich und Bonn. Daran anschließend arbeitete er bis 1956 als Journalist. Dann folgte

er dem Ruf Theodor W. Adornos und wurde Mitarbeiter am Institut für Sozialforschung in Frankfurt am Main. In den Jahren von 1971 bis 1983 war Habermas neben Carl Friedrich von Weizsäcker als Direktor des neu gegründeten Starnberger Max-Planck-Instituts tätig. Von 1983 bis 1994 lehrte er als Ordentlicher Professor der Philosophie an der Universität Frankfurt am Main, wo er 1994 emeritierte.

Der Philosoph wurde im Laufe seines Lebens vielfach ausgezeichnet, unter anderem mit zahlreichen Ehrendoktorwürden. Außerdem erhielt er unter anderem den Theodor-Heuss-Preis, den Friedenspreis des deutschen Buchhandels, den Staatspreis des Landes Nordrhein-Westfalen sowie zahlreiche akademische Ehrungen – und zuletzt eben den Deutsch-Französischen Medienpreis.



Foto: wolfram luke/wikipedia

ZUKUNFT EUROPAS IM MITTELPUNKT DER EUROPEAN GSI SUMMER SCHOOL

Wie geht es mit Europa weiter? Dies war die zentrale Frage der diesjährigen European GSI Summer School. In Bonn, Brüssel, Luxemburg und Schengen diskutierten die 60 Teilnehmer aus 20 Nationen zahlreiche damit verbundene Themen – von Integration und Migration bis Diversität und Solidarität.



Foto: Lukas Piekka

Teilnehmende an der European GSI Summer School 2018

Den Auftakt bildete am 14. September eine Podiumsdiskussion, in deren Rahmen die aktuellen Herausforderungen Europas herausgearbeitet wurden. Die Diskussion von Nina Katzemich (EU-Campaignerin LobbyControl), Martin Mödder (Vorsitzender der Jungen Europäischen Föderalisten NRW), Judith Schilling (stellv. Leiterin der Regionalvertretung der Europäische Kommission in Bonn) und Birgit Wichmann (Pulse of Europe) schuf somit den inhaltlichen Rahmen für die darauf folgenden zehn Tage der Sommerakademie.

Zu den Formaten, in denen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer sich mit europäischen Fragestellungen befassten, gehörten vom Civic Institut für internationale Bildung durchgeführte Rollenspiele ebenso wie Exkursionen und Präsentationen. Speaker der 29. European GSI Summer School waren unter anderem Richard Kinley, der stellvertretende Exekutivsekretär des UNO-Klimasekretariats in den Jahren 2006 bis 2017, Anne-Claire Gathoye, Europäisches Amt für Personalauswahl, und Robert Stüwe, Research Fellow, Zentrum für Europäische Integrationsforschung. Darüber hinaus wurde die Rolle Europas in der Welt auch aus anderen Perspektiven beleuchtet: Prof. Dr. Dorit Schumann,



Foto: Eduard F. Fiegel

Joachim Bleicker, Deutscher Botschafter in der Slowakischen Republik

von der Deutsch-Jordanischen Universität in Amman, und Prof. Dr. Dan Walther, vom Wartburg College in Iowa, stellten dar, welche Bedeutung der EU in Jordanien bzw. den USA beigemessen wird. Darüber hinaus erläuterte Joachim Bleicker, Deutscher Botschafter in der Slowakischen Republik, im Rahmen einer öffentlichen Kooperations-Veranstaltung seine Erfahrungen in Bratislava. Auch hier standen Themen wie Migration und Solidarität im Mittelpunkt der Diskussion.

Während einer viertägigen Exkursion besuchten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer unter anderem Schengen als Ort, an dem 1985 die Abkommen zur Abschaffung der Grenzkontrollen zwischen den teilnehmenden Staaten unterzeichnet wurden. Auch ein Besuch in der Residenz des deutschen Botschafters in Luxemburg, Dr. Heinrich

Kreft, stand auf dem Programm. Weitere Stationen waren der Europäische Rechnungshof sowie Einrichtungen der Europäischen Kommission und des Rats der EU.

Die Teilnehmenden dokumentierten ihre Erlebnisse in einem Blog auf Facebook und stellten auch während eines Insta-Walks durch Bonn zahlreiche Fotos online. Zu finden sind diese über die Webseite des GSI: <https://www.gsi-bonn.de/summer-school.html>

Die „European GSI Summer School“ wird vom Gustav-Stresemann-Institut in Bonn in Kooperation mit Programm-Partnern (u. a. dem Deutschen Akademischen Austauschdienst) durchgeführt. Gefördert wird die Summer School u. a. durch die Bundeszentrale für politische Bildung und die Stiftung Internationale Begegnung der Sparkasse in Bonn.

IMPRESSUM

Herausgegeben vom
Gustav-Stresemann-Institut e.V.

V.i.S.d.P.: Dr. Ansgar Burghof

Tel: +49 (0) 228 / 8107-0

E-Mail: weltenbuerger@gsi-bonn.de

www.gsi-bonn.de

Langer Grabenweg 68,
53175 Bonn - Bad Godesberg,
Germany

„WIR SIND DRAN“ – DIE DEMOKRATIE ZURÜCKEROBERN

Ernst Ulrich von Weizsäcker, bis 2000 Präsident des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie, stellte am Montag, 10. September, im GSI den neuen Bericht des Club of Rome vor. Der Titel seines Vortrags vor rund 200 Gästen: „Globalisierungskrise und Finanzdiktatur – hat der Planet Erde noch eine Chance – ist unsere Politik enkeltauglich?“

Weizsäcker, der als Ko-Präsident des Club of Rome ein Mitautor des neuen Berichtes „Wir sind dran – Was wir ändern müssen, wenn wir bleiben wollen!“ ist, sieht die Jahre 1950 bis 1990 als „goldene Jahre der Demokratie“, in denen der Staat noch die Macht inne gehabt habe. Ab 1990 hätten sich die Machtverhältnisse dramatisch verschoben, heute diktierten die Finanzmärkte das Geschehen und kontrollierten die Politik. Hier lautet eine zentrale Forderung des



Foto: Eduard F. Fiegele

Ernst Ulrich von Weizsäcker

Club of Rome, durch eine Regulierung der Finanzmärkte die Macht-Verhältnisse wieder zugunsten der demokratisch gewählten Regierungen umzukehren.

Zugleich sei eine „neue Aufklärung“ erforderlich. Viele philosophische Konzepte,

religiöse Anschauungen und gesellschaftliche Regeln stammten noch aus einer Zeit, in der die Lebensverhältnisse auf dem Planeten gänzlich anders gewesen wären, sagte von Weizsäcker. „Mit dieser ‚out-dated philosophy‘ ist Problemen wie dem Klimadesaster nicht zu begegnen“, stellte der Wissenschaftler fest.

Dennoch gelte es, so von Weizsäcker, „nicht pessimistisch, sondern pragmatisch, realistisch und optimistisch“ zu sein. Der Ko-Präsident des Club of Rome stellte konkrete Initiativen vor, die der ökologischen Kreislaufwirtschaft, der Energieeffizienz und der Eindämmung des Ressourcenverbrauchs verpflichtet sind. Würde dies zum Maßstab, dann sei die Welt wieder „enkeltauglich“, so von Weizsäcker.

Die Buchpräsentation wurde in Kooperation mit Forum-Eine-Welt durchgeführt.

DR. ANSGAR BURGHOF IN EBD-VORSTAND GEWÄHLT

Auf der diesjährigen Mitgliederversammlung der Europäischen Bewegung Deutschland (EBD) wurde der Direktor und Vorstand des Gustav-Stresemann-Instituts (GSI), Dr. Ansgar Burghof, in den Vorstand der EBD gewählt. Die Amtszeit beträgt zwei Jahre. Burghof will die euro-

päische Expertise des GSI in seine EBD-Vorstandsarbeit einbringen und so das Engagement für Europa weiter stärken.

Auf der Mitgliederversammlung wurde Dr. Linn Selle zur neuen Präsidentin der EBD gewählt. Sie tritt die Nachfolge von Dr. Rainer Wend an.

„DAS VEREINTE EUROPA IST DIE STAATSRÄSON DER WIEDERVEREINigten BUNDESREPUBLIK“

Mit einem eindringlichen Plädoyer für ein vereinigtes Europa beendete Prof. Dr. Jürgen Rüttgers am Montag, 2. Juli, seinen Vortrag im GSI. „Warten Sie nicht



Foto: Eduard F. Fiegele

Professor Dr. Jürgen Rüttgers

darauf, dass andere das regeln“, gab der Bundesminister a.D., Ministerpräsident a.D. und Vorsitzende des Kuratoriums der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus,

den Teilnehmern mit auf den Weg. „Es ist schon mal eine Demokratie kaputtgegangen – lassen wir das nicht noch einmal passieren.“ Zuvor hatte Rüttgers 90 Minuten lang auf Einladung des GSI und der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus eine Zukunft für Europa entworfen. Dabei bezog sich Rüttgers auch immer wieder auf die Legitimation eines vereinten Europas. „Das vereinte Europa ist die Staatsräson der wiedervereinigten Bundesrepublik. Wer dann heute sagt, er wolle nur noch nationale Lösungen suchen, verstößt gegen die Präambel der Verfassung“, machte der Jurist Rüttgers deutlich. In seinen Ausführungen streute Rüttgers Geschichten aus seinem politischen Wirken ein. Und zeigte auch Wege auf, wie ein vereinigtes Europa gestärkt werden könnte – etwa durch Städtepartnerschaften.

PHOENIX-DREH IM GSI

Für eine Phoenix-Produktion über die Weimarer Republik machte das Team Station im Gustav-Stresemann-Institut.

Im Mittelpunkt der Dreharbeiten im GSI stand ein Gespräch von Guido Knopp mit der Enkelin Gustav Stresemanns, Dr. Christina Stresemann.

Der Film wird am 9. November 2018 um 20:15 Uhr bei Phoenix ausgestrahlt.



Foto: Eduard F. Fiegele

Dr. Christina Stresemann (links) mit Dr. Ansgar Burghof

Stresemann nutzte ihren Aufenthalt im GSI zu einem intensiven Gedankenaustausch mit dessen Direktor, Dr. Ansgar Burghof.